

Deutscher Städtetag | Gereonstraße 18-32 | 50670 Köln

An die

- unmittelbaren Mitgliedsstädte
- Mitglieder und Gäste des Rechts- und Verfassungsausschusses
- Mitgliedsverbände

des Deutschen Städtetages

21.11.2024

Kontakt

Dr. Alex Mommert
alex.mommert@staedtetag.de
Gereonstraße 18-32
50670 Köln

Telefon 0221 3771-340
Telefax 0221 3771-309

www.staedtetag.de

Aktenzeichen
31.02.10 D

Dokumenten-Nr.
W 3120


Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo)

Sehr geehrte Damen und Herren,

kürzlich wurden die zentralen Ergebnisse der KoMo-Frühjahrsbefragung 2024 veröffentlicht. Demnach verharrt das Niveau an Anfeindungen gegenüber kommunalen Amtsträgerinnen und Amtsträgern weiterhin auf einem hohen Niveau (36%). Erstmals wurde in einer derartigen Befragung auch nach den größten Herausforderungen der kommenden Jahre sowie nach Gründen gegen eine erneute Kandidatur für ein kommunales Amt gefragt. Der vollständige Bericht hängt dem Rundschreiben an (s. **Anlage**).

Vor diesem Hintergrund möchten wir Sie auf die kürzlich gestartete KoMo-Herbstbefragung 2024 hinweisen und zur Teilnahme anregen. Unter folgendem Link gelangen Sie zur Umfrage:
<https://survey.lamapoll.de/KoMo-zu-Hass-Hetze-Gewalt-gegenueber-AmtstraegerInnen-Herbstbefragung-2024>

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung



Daniela Schneckenburger

Anlage

KOMMUNALES MONITORING

Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo)

Bitschnau S., Eberspach K.



Zentrale Befunde
aus der Frühjahrs-
befragung 2024

Stand:
Oktober 2024

Kommunales Monitoring

Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo)

Auswertung der Frühjahrsbefragung 2024

36% ↓(-2%*)

der Befragten haben zwischen November 2023
und April 2024 Anfeindungen erlebt.

73% verbale/schriftliche
Anfeindungen ↑(+1%*)

25% Hasspostings
↓(-1%*)

2% tätliche
Übergriffe →(+/-0%*)

Im Durchschnitt wurden
laut persönlichen Einschätzungen
9 Vorfälle in diesem Zeitraum erlebt.

28% der Befragten möch-
ten bei den nächsten
Kommunalwahlen nicht
mehr erneut kandidieren.

→ **Gründe** hierfür: Altersgründe,
hohe Belastung, mangelnde
Wertschätzung/Respekt, wenig
Gestaltungsspielraum, feh-
lende Unterstützung/Konflikte,
Anfeindungen im Amtsaltag,
gesundheitliche sowie zeitliche
Gründe.

→ Dabei gaben Amtspersonen im
Ehrenamt signifikant häufiger an,
bei den nächsten Kommunalwahlen
nicht mehr erneut
kandidieren zu wollen.

11% der Vorfälle wurden
zur **Anzeige gebracht**.



Dies geschah in **Ostdeutschland** signi-
fikanter häufiger als in Westdeutschland.

- Den Betroffenen waren die tatverdächtigen
Personen des letzten Vorfalls in **78%** der Fälle
bekannt und in 22% der Fälle unbekannt.
- In **43%** der Fälle waren **mehr als eine**
tatverdächtige Person involviert.
- In **77%** der Fälle handelte es sich um
männliche Tatverdächtige.
- In **81%** der Fälle wurde das Alter der
tatverdächtigen Personen auf **mind.**
40 Jahre geschätzt.
- In **93%** der Fälle waren die Tatverdäch-
tigen in der amtlich zu verantwortenden
Kommune wohnhaft.

Größte Herausforderungen für Kommunen in den
kommenden Jahren (in absteigender Reihenfolge):

Fehlende Haushaltsmittel

Energiewende

Fachkräftemangel

Infrastruktur

Stadt- und Wohnraumentwicklung

(Flucht-) Migration

18% der Befragten und/oder ihre Wahlkampf-
helfenden waren von Anfeindungen in
Zusammenhang mit den Kommunal-
wahlen im Jahr 2024 betroffen.

→ **27%** dieser Vorfälle wurden zur **Anzeige** gebracht.

* (Prozentuale) Veränderung zur Herbstbefragung 2023 (Mai-Oktober'23):
↓ (Abnahme) ↑ (Zunahme) → (keine auffälligen Veränderungen)

Kontakt: kommunalmonitor@bka.bund.de

Aktuelle Befunde aus dem „Kommunalen Monitoring“ – Frühjahrsbefragung 2024

Die Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamts führt in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden (DST, DLT, DStGB) im Rahmen des Verbundprojektes MOTRA seit Herbst 2021 ein „Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern“ (KoMo) durch. Es handelt sich hierbei um eine längsschnittlich angelegte bundesweite Online-Befragung aller ehren- und hauptamtlichen (Ober-) Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte in den rund 11.000 Kommunen in Deutschland zu ihren Erfahrungen mit Hass, Hetze und Gewalt im Amtsalltag. Die Befragungen werden in einem sechsmonatigen Turnus mittels selbstselektiver Stichproben durchgeführt, was eine

hochaktuelle Erfassung des Anfeindungs geschehens gegenüber kommunalpolitischen Amtsträgerinnen und Amtsträgern ermöglicht. Dabei dienen die Befragungen nicht nur einem wissenschaftlichen Selbstzweck, sondern liefern auch eine Grundlage für die Entwicklung präventiver Handlungsstrategien im engen Austausch mit weiteren Akteuren aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Zudem wird den kommunalpolitischen Amtsträgerinnen und Amtsträgern mittels der Befragungen eine Plattform geboten, sich regelmäßig mitzuteilen und ihre Erfahrungen mit denen ihrer Kolleginnen und Kollegen zu teilen. Die in diesem Bericht aufgeführten Ergebnisse beziehen sich auf die Frühjahrsbefragung '24 (Referenzzeitraum: November '23 - April '24).

Wer hat teilgenommen?

Im Frühjahr 2024 nahmen bundesweit n=1.832 haupt- und ehrenamtliche (Ober-) Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte an der Befragung teil. Dies entspricht einer Rücklaufquote von etwa 17% bei etwa 11.000 kontaktierten Personen. Um ein möglichst repräsentatives Gesamtbild zu erstellen, wurden die Daten der selbstselektiven Stichprobe entsprechend der Gemeindezahl pro Bundesland gewichtet.

Die soziodemografische Zusammensetzung der Stichprobe ist in den Abbildungen 1 – 5 veranschaulicht: Mit Blick auf das Alter sind

kommunalpolitische Amtsträgerinnen und Amtsträger zwischen 51 und 60 Jahren mit 40% am stärksten vertreten (vgl. Abb. 1). Hinsichtlich des Geschlechts handelt es sich bei 81% der Befragten mehrheitlich um Männer und bei 19% um Frauen (vgl. Abb. 2). Bezüglich der Funktion sind 51% der Befragten im Hauptamt und 49% im Ehrenamt tätig (vgl. Abb. 3). Dabei sind die Befragten mit Blick auf die Amtszeitdauer 4-9 Jahre (42%), 10 Jahre und länger (33%) sowie bis zu 3 Jahre (25%) im Amt (vgl. Abb. 4). Mit Hinsicht auf die Gemeindegröße nach Einwohnerklassen sind die Befragten mit 49% überwiegend in kleineren Gemeinden mit bis zu 10.000 Einwohner*innen tätig (vgl. Abb. 5).

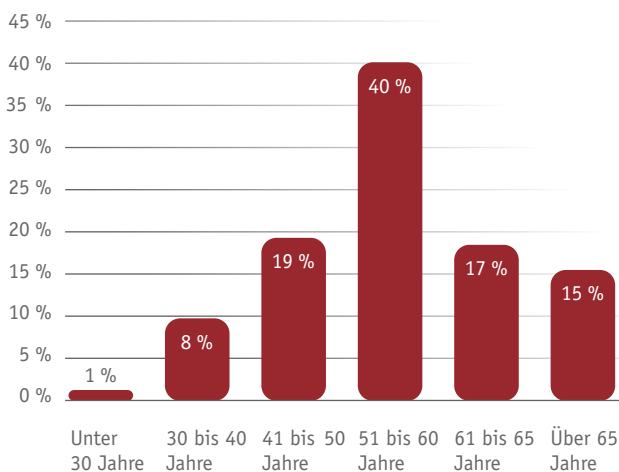


Abbildung 1: Alter der Befragten

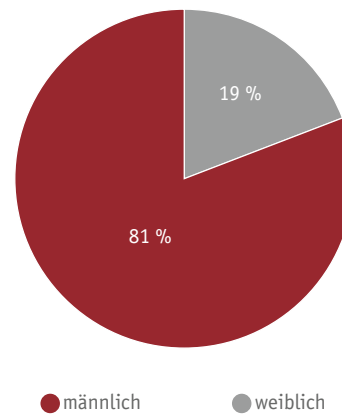


Abbildung 2: Geschlecht der Befragten

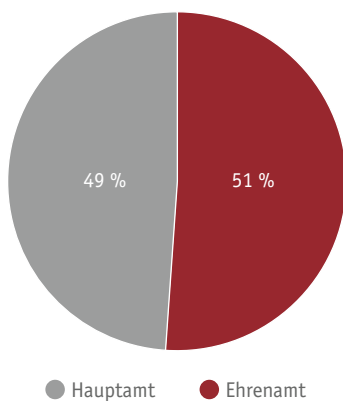


Abbildung 3: Funktion der Befragten

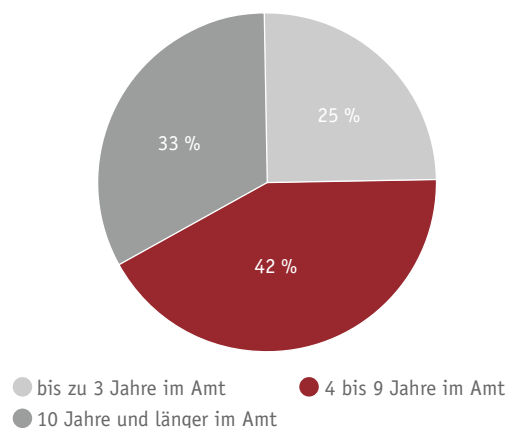


Abbildung 4: Amtszeitdauer der Befragten

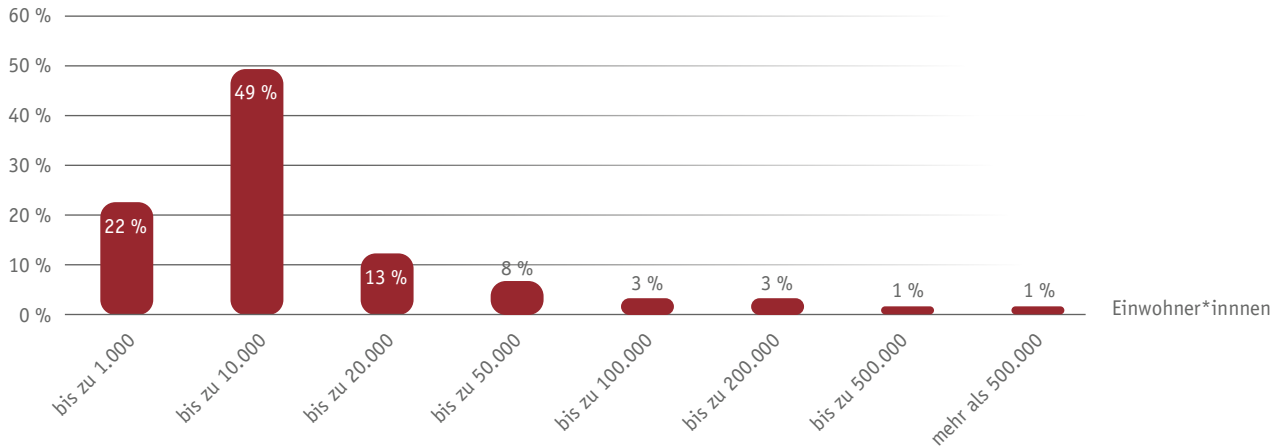


Abbildung 5: Gemeindegröße

Was wurde wie erlebt?

a) Einschätzung des aktuellen Diskussionsklimas und die größten Herausforderungen

Wie Abbildung 6 illustriert, wird das **aktuelle Diskussionsklima politischer Themen in den sozialen Medien** von den Befragten

im Durchschnitt als eher emotional, respektlos, aggressiv, intolerant, destruktiv, exklusiv, ideologieorientiert und autoritär eingeschätzt. Demnach wird das aktuelle Diskussionsklima politischer Themen in den sozialen Netzwerken durchschnittlich **als eher verroht wahrgenommen**.

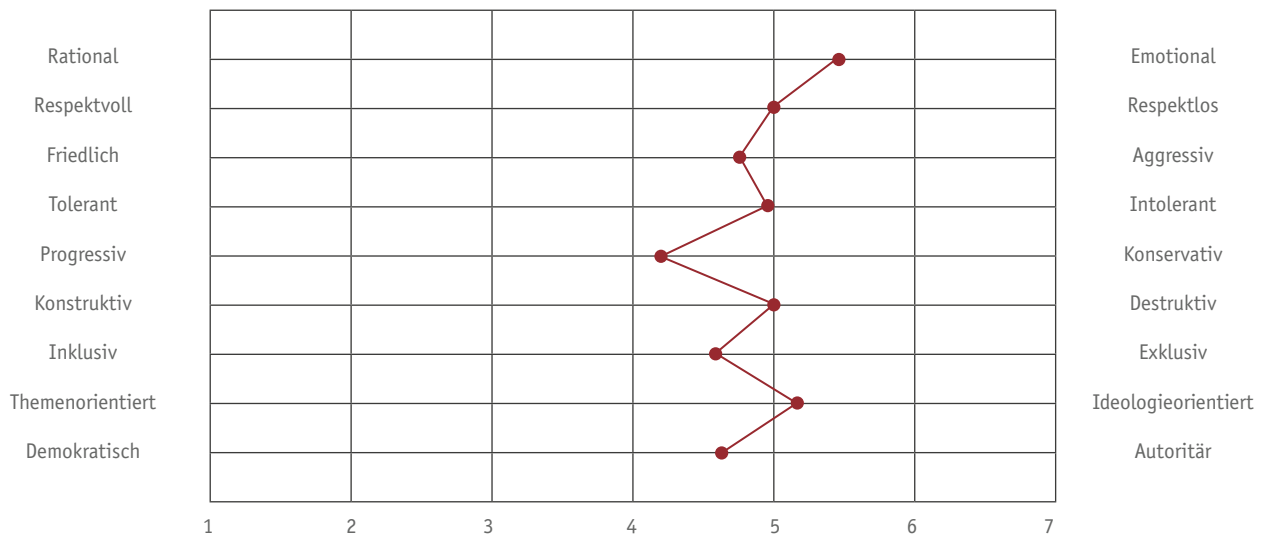


Abbildung 6: Durchschnittliche Einschätzung des Diskussionsklimas politischer Themen in den sozialen Medien (Mittelwerte)

In diesem Kontext lassen sich einige statistisch signifikante Gruppenunterschiede ausmachen:



Amtspersonen in **Ostdeutschland** nehmen das aktuelle Diskussionsklima als **signifikant verrohter** wahr im Vergleich zu Westdeutschland.



Amtspersonen im **städtischen Raum** mit mehr als 20.000 Einwohner*innen nehmen das aktuelle Diskussionsklima als **signifikant verrohter** wahr im Vergleich zu ländlichen Gebieten.



Amtspersonen im **Hauptamt** nehmen das aktuelle Diskussionsklima als **signifikant verrohter** wahr im Vergleich zum Ehrenamt.

Mit Blick auf die **größten Herausforderungen für die amtlich zu verantwortenden Kommunen in den kommenden Jahren** (vgl. Abb. 7) nannten die Befragten am häufigsten **fehlende Haushaltsmittel** (22%) sowie die **Energiewende** (11%) gefolgt von **Infrastruktur** (8%), **Fachkräftemangel** (8%), **Stadt- und Wohnraumentwicklung** (8%), **demographischer Wandel** (8%) sowie **(Flucht-) Migration bzw. Aufnahme von Geflüchteten** (8%). Zudem wurden Digitalisierung (5%), Gesundheitsversorgung (5%), Wirtschaftskraft (4%), Verrohung des Umgangs innerhalb der Gemeinde (4%), Strukturwandel (2%), öffentliche Sicherheit (2%), soziale Ungleichheit (2%), Rechtsextremismus (1%) und Sonstige (2%) insbesondere im Kontext von Bürokratie und Kinderbetreuung genannt.

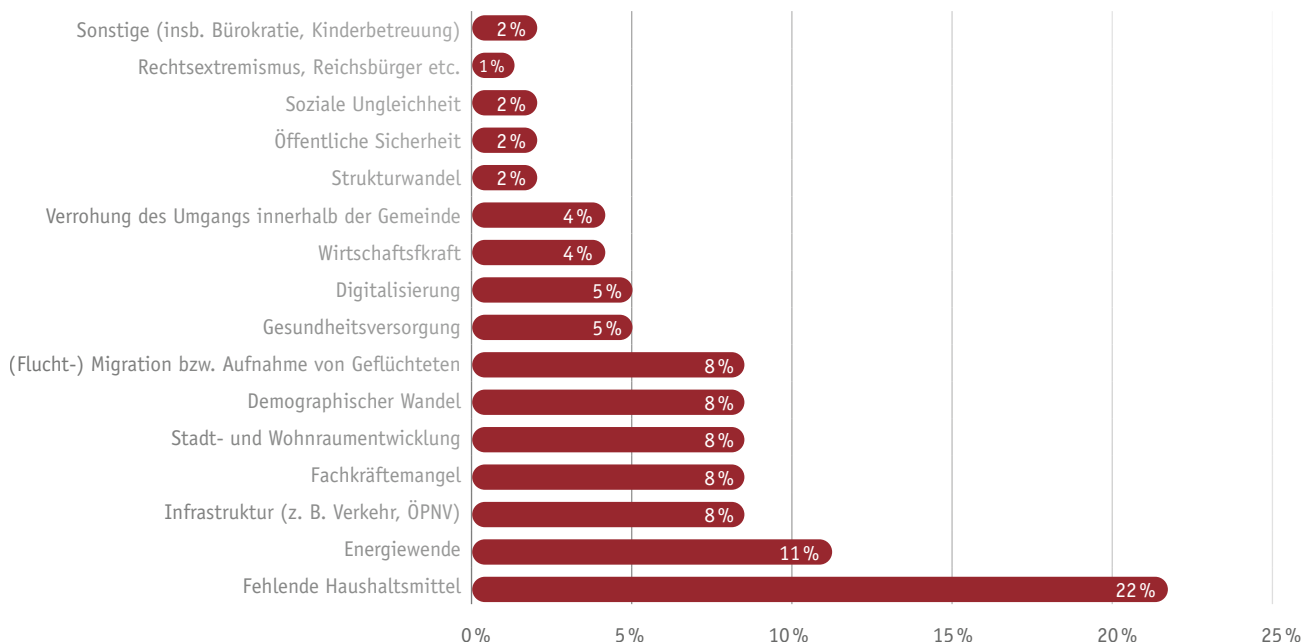


Abbildung 7: Einschätzung der größten Herausforderungen für die Kommunen in den kommenden Jahren

b) Anfeindungen und Übergriffe: Erfahrungen aus dem analogen und digitalen Raum

Betroffenheit

Im sechsmonatigen Zeitraum von November 2023 bis April 2024 gab bundesweit **mehr als jeder dritte befragte Amtsperson (36%) an, von Anfeindungen betroffen** gewesen zu sein. Bezüglich der Betroffenheit ergeben sich folgende statistisch signifikante Gruppenunterschiede:



Amtspersonen in **Ostdeutschland** (45%) waren **signifikant stärker betroffen** im Vergleich zu Westdeutschland (33%).



Amtspersonen im **städtischen Raum** mit mehr als 20.000 Einwohner*innen (48%) waren **signifikant stärker betroffen** im Vergleich zum ländlichen Raum (31%).



Amtspersonen im **Hauptamt** (45%) waren **signifikant stärker betroffen** im Vergleich zum Ehrenamt (27%).

Anfeindungskategorien

Mit Blick auf die Anfeindungskategorien belaufen sich bezogen auf den zuletzt erlebten Vorfall **73% auf verbale/schriftliche Anfeindungen**,¹ **25% auf Hasspostings im Internet**² und **2% auf tätliche Übergriffe**.³

Verbale/schriftliche Anfeindungen

Personen im **Ehrenamt** (81%) waren **signifikant stärker** von verbalen/schriftlichen Anfeindungen betroffen als im Hauptamt (72%).



Amtspersonen im **ländlichen Raum** (79%) waren **signifikant stärker** von verbalen/schriftlichen Anfeindungen betroffen als im städtischen Raum (69%).



Hasspostings im Internet

Personen im **Hauptamt** (26%) waren **signifikant stärker** von Hasspostings im Internet betroffen als im Ehrenamt (17%).



Amtspersonen im **städtischen Raum** mit mehr als 20.000 Einwohner*innen (29%) waren **signifikant stärker** von Hasspostings im Internet betroffen als im ländlichen Raum (19%).



Tätliche Übergriffe

Amtspersonen wurden signifikant häufiger von jenen **Tatverdächtigen** **tätlich angegriffen, die außerhalb der amtlich zu verantwortenden Kommune wohnhaft sind** (6%) im Vergleich zu Tatverdächtigen, die in der amtlich zu verantwortenden Kommune wohnhaft sind (1%).



¹ Die Anfeindungskategorie „verbale/schriftliche Anfeindungen“ wurde im Fragebogen wie folgt definiert: (Non-)Verbale/schriftliche Aussagen oder Gesten im analogen Bereich, die eine Person oder eine Gruppe bedroht, beleidigt, herabsetzt, etc. oder Personen auf persönlicher Ebene angreift.

² Die Anfeindungskategorie „Hasspostings im Internet“ wurde im Fragebogen wie folgt definiert: Verschiedene Formen von menschenverachtenden Äußerungen (in Form von Bildern, Direktnachrichten oder Kommentaren) im Internet, die zu Hass anstiften und sich gegen bestimmte Personen, Gruppen aber auch Weltanschauungen oder gesellschaftliche Werte richten. Die Inhalte von Hasspostings können z. B. extremistisch, rassistisch, sexistisch, antisemitisch, queerfeindlich oder gewaltverherrlichend sein.

³ Die Anfeindungskategorie „Tätliche Übergriffe“ wurde im Fragebogen wie folgt definiert: Tätliche Gewalt, die sich gegen Personen oder Gegenstände richtet (Körperverletzungen sowie Sachbeschädigungen).

Häufigkeit

Im Durchschnitt haben die Befragten **innerhalb des sechsmonatigen Zeitraums** laut eigenen Einschätzungen **9 Vorfälle** im Kontext von Anfeindungen und Übergriffen im Amtsalldag erlebt. Dabei gaben die Befragten an, **durchschnittlich 1-2 Mal im Monat** persönlich verbale/schriftliche Anfeindungen und/oder tätliche Übergriffe und/oder Hasspostings im Internet gegen Ihre Person erlebt zu haben.



In **Ostdeutschland** wurden im Durchschnitt **signifikant häufiger** Anfeindungen erlebt im Vergleich zu Westdeutschland.



Im **städtischen Raum** mit mehr als 20.000 Einwohner*innen wurden im Durchschnitt **signifikant häufiger** Anfeindungen erlebt im Vergleich zum ländlichen Raum.



Im **Hauptamt** wurden im Durchschnitt **signifikant häufiger** Anfeindungen erlebt im Vergleich zum Ehrenamt.

Formen

Im Rahmen des zuletzt erlebten Vorfalles fand dieser überwiegend in Form von **Beleidigung** (35%), **Verleumdung/übler Nachrede** (35%) sowie **Bedrohung/Nötigung** (11%) statt, gefolgt von Diskriminierung (5%) sowie soziale Ausgrenzung (3%), Volksverhetzung (3%), Sachbeschädigung (2%), Stalking/Nachstellung (2%), Erpressung (2%) und Sonstige (2%). In diesem Kontext zeigen sich folgende statistisch signifikante Gruppenunterschiede:

Sachbeschädigung



Amtspersonen im **städtischen Raum** mit mehr als 20.000 Einwohner*innen (2%) waren **signifikant stärker** von Sachbeschädigung betroffen als im ländlichen Raum (1%).



Sachbeschädigung wurde **signifikant häufiger von unbekanntem Tatverdächtigen** (7%) begangen als von bekannten Tatverdächtigen (3%).

Bezug

Der **letzte Vorfall** bezog sich mehrheitlich auf die **Rolle als Amtsträgerin/Amtsträger (89 %)** gefolgt von auf die Person selbst aufgrund individueller Merkmale (9%) im Sinne von Hasskriminalität sowie auf die Familie/Angehörige (2%).

Mit Blick auf die Rolle als Amtsträgerin/Amtsträger bezogen sich die Vorfälle dabei überwiegend **auf die Rolle als öffentliche Person (53 %)** sowie auf ein kommunalpolitisches Sachthema (18%) gefolgt von politischen Sachthemen (13%), der Rolle als Parteirepräsentant (11%) sowie wahlkampfbezogene Themen (3%). Konkrete **kommunalpolitische Sachthemen** wurden insbesondere in den Bereichen (Flucht-) Migration, Windenergie, Bau, Infrastruktur/Verkehr und Kinderbetreuung genannt.

Hinsichtlich der Vorfälle mit Bezug auf die Person selbst aufgrund individueller Merkmale im Sinne von Hasskriminalität bezogen sich diese insbesondere auf das Aussehen (26%), die soziale Herkunft (26%), die Gesundheit (21%), die nationale Herkunft (16%) sowie Geschlechtszugehörigkeit (11%).

Vermutete Motivation tatverdächtiger Personen

Im Rahmen der **vermuteten Motivation hinter dem zuletzt erlebten Vorfall** wurde die Anfeindung von den Befragten weniger als politisch oder religiös motiviert verortet (21%), sondern überwiegend der **persönlichen Haltung der Tatverdächtigen (79 %)** zugeschrieben. Die persönliche Haltung äußerte sich insbesondere durch die persönliche Unzufriedenheit/Frustration des Bürgers/der Bürgerin (21%), die Unzufriedenheit mit kommunalpolitischen Entscheidungen (17%), die Uninformiertheit/Nicht-Wissen über politische Prozesse und die Rolle des/der Bürgermeisters/Landrats/Bürgermeisterin/Landrätin (13%), die Intoleranz/Unfähigkeit Konflikte auszutragen (13%), Egoismus/Anspruchsdenken (12%) sowie psychische Erkrankung des Tatverdächtigen (3%).

Mit Hinblick auf eine mögliche politische oder religiöse Motivation wurden die Vorfälle insbesondere als politisch rechtsmotiviert (8%), durch parteipolitische Gegner motiviert (7%), als radikale Position zu einem Thema/aus einer soz. Bewegung heraus (4%) sowie politisch linksmotiviert (2%) verortet.

c) Informationen und Einschätzung zu tatverdächtigen Personen

Bekanntheit der Tatverdächtigen

Erstmals wurden in der Befragung von KoMo einige Items mit Bezug zu Informationen zu möglichen Tatverdächtigen aufgenommen, um einerseits herauszufinden mit welcher 'Tätergruppe' Betroffene konfrontiert sind und um andererseits wertvolle Befunde für eine evidenzbasierte Präventionsarbeit zu generieren. Dabei waren den Betroffenen die **Tatverdächtigen des letzten Vorfalls in 78% der Fälle überwiegend bekannt** und in 22% der Fälle unbekannt. Folgende statistisch signifikante Gruppenunterschiede lassen sich hierbei erkennen:



Im **ländlichen Raum** mit bis zu 20.000 Einwohner*innen (88%) waren die Tatverdächtigen im Rahmen des letzten Vorfalls **signifikant häufiger bekannt** als im städtischen Raum (63%).



In **Ostdeutschland** (85%) waren die Tatverdächtigen im Rahmen des letzten Vorfalls **signifikant häufiger bekannt** als in Westdeutschland (75%).

Mit Blick auf die **Anzahl involvierter Tatverdächtiger** war in **52% der Fälle mehrheitlich eine Person involviert**, in 20% der Fälle waren zwei, in 23% der Fälle waren mehr als zwei Personen beteiligt und in 5% der Fälle war die Anzahl involvierter Tatverdächtiger unbekannt. Bei der Hälfte der Personen handelte es sich **überwiegend um wiederholt auffällige Personen (52%)** beziehungsweise waren in 25% der Fälle die Personen bereits in anderen Kontexten auffällig geworden. In fast jedem fünften Fall waren Personen aus dem Bekanntenkreis (18%) involviert, gefolgt von Personen aus dem Kollegen*innenkreis (2%), Mitarbeiter*innenkreis (2%) und Freundeskreis (1%). Dabei waren in **93% der Fälle**

die Tatverdächtigen **überwiegend in der amtlich zu verantwortenden Kommune wohnhaft**, während in 5% der Fälle die Personen außerhalb der amtlich zu verantwortenden Kommune wohnhaft waren und in 2% der Fälle war der entsprechende Wohnort unbekannt.

Geschätztes Alter und Geschlecht der tatverdächtigen Personen

Wie Abbildung 8 veranschaulicht, schätzten die Befragten die Tatverdächtigen im Rahmen des letzten Vorfalls in **81% der Fälle mehrheitlich auf 40 Jahre und älter**, in 15% der Fälle auf unter 40 Jahre und in 4% war das Alter unbekannt.

Jüngere Amtspersonen bis 40 Jahre wurden signifikant häufiger von **jüngeren Tatverdächtigen bis 39 Jahre** (22%) angefeindet als ältere Amtspersonen (9%).

<40

In **77% der Fälle** handelte es sich dabei überwiegend um **männliche Tatverdächtige**, während es sich in 22% der Fälle um weibliche Personen handelte und in 1% der Fälle war das Geschlecht unbekannt.

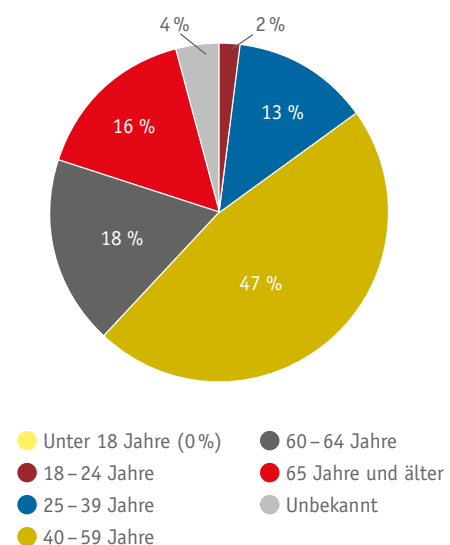


Abbildung 8: Einschätzung des Alters bekannter Tatverdächtiger durch die Betroffenen

Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden

Wie Abbildung 9 illustriert, haben sich die Betroffenen im Rahmen des letzten Vorfalls **eher stärker persönlich betroffen** sowie **eher weniger von Justiz/Sicherheitsbehörden geschützt** gefühlt. Zudem haben sie sich neutral bezüglich persönlicher Bedrohung und eher weniger persönlich eingeschüchtert gefühlt. Außerdem hat sich der Alltag/das Verhalten der Betroffenen nach dem diesbezüglichen Vorfall im Durchschnitt eher weniger geändert.

Hierbei ergeben sich folgende statistisch signifikante Gruppenunterschiede:

Amtspersonen in **Ostdeutschland** weisen ein **signifikant höheres Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden** auf als in Westdeutschland.



Amtspersonen im **ländlichen Raum** mit bis zu 20.000 Einwohner*innen weisen ein **signifikant höheres Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden** auf als im städtischen Raum.



Personen im **Ehrenamt** weisen ein **signifikant höheres Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden** auf im Vergleich zum Hauptamt.



Frauen weisen ein **signifikant höheres Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden** auf im Vergleich zu Männern.



Jüngere Amtspersonen bis 40 Jahre weisen ein **signifikant höheres Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden** auf im Vergleich zu älteren Amtspersonen.

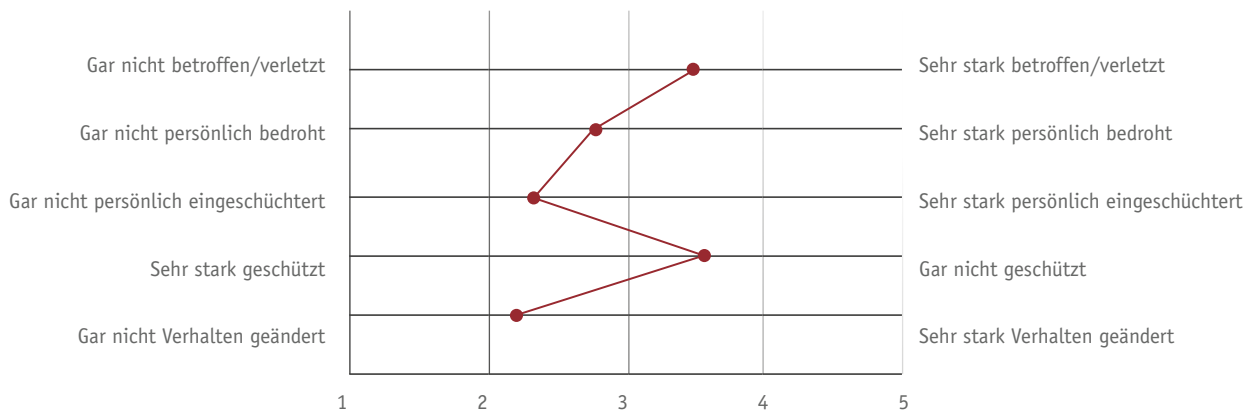


Abbildung 9: Einschätzung des Bedrohungs- und Unsicherheitsempfindens der Betroffenen (Mittelwerte)

Umgang

Mit Blick auf den **konkreten Umgang mit dem letzten Vorfall** haben die Betroffenen insgesamt überwiegend den **Vorfall ignoriert** (25%), den **Dialog mit dem/der Tatverdächtigen gesucht** (14%), **Unterstützung bei Familie/Freunden gesucht** (14%), **Unterstützung bei Parteifreund*innen/Kollegen*innen gesucht** (14%), **den Vorfall zu Anzeige gebracht** (11%), die Vorfälle erfasst und gesammelt an Polizei bzw. Justiz weitergegeben (7%), den Vorfall anderweitig gemeldet (6%), Unterstützung bei einer Beratungsstelle gesucht (1%) und Sonstiges (8%).



Im **städtischen Raum** mit mehr als 20.000 Einwohner*innen (19%) wurden die Vorfälle **signifikant häufiger** ignoriert im Vergleich zum ländlichen Raum (12%).



Im **Hauptamt** (8%) wurden die Vorfälle **signifikant häufiger** zur Anzeige gebracht im Vergleich zum Ehrenamt (3%).



In **Ostdeutschland** (11%) wurden die Vorfälle **signifikant häufiger** zur Anzeige gebracht im Vergleich zu Westdeutschland (5%).



Im **Hauptamt** (10%) wurde **signifikant häufiger** Unterstützung bei Familie/Freunden gesucht im Vergleich zum Ehrenamt (7%).



Frauen (13%) haben **signifikant häufiger** Unterstützung bei Familie/Freunden gesucht im Vergleich zu Männern (8%).

d) Exkurs: Das Wahljahr 2024

Im Hinblick auf das „Superwahljahr 2024“ wurden in den Fragebogen der Frühjahrsbefragung '24 einmalig Items mit Bezug zu den anstehenden Wahlen (Kommunal, Europa- und Landtagswahlen) integriert. Insbesondere können hier nochmals gesonderte Befunde zu einem möglicherweise sich anders gearteten Geschehen während der anstehenden Wahlkampfphase extrahiert werden.

Kommunalwahlen

Dabei gaben insgesamt 72% der Befragten an, bei den **nächsten Kommunalwahlen** erneut zu kandidieren, während mit **28% mehr als ein Viertel der Befragten angab, nicht erneut zu kandidieren**.

Als **Gründe gegen eine erneute Kandidatur** bei den nächsten Kommunalwahlen nannten die Befragten überwiegend Altersgründe (26%), hohe Belastung (14%), mangelnde Wertschätzung/Respekt (14%), wenig Gestaltungsspielraum (10%), fehlende Unterstützung/Konflikte (8%), Anfeindungen im Amtsalldag (8%), gesundheitliche Gründe (7%), zeitliche Gründe (7%) und Sonstiges (6%).

Im Durchschnitt wurde die **Befürchtung**, im Rahmen der anstehenden Kommunalwahl Anfeindungen (analog oder digital) gegen die eigene Person zu erleben, als **eher weniger stark bis neutral eingestuft**.

Insgesamt gaben **18%** der Befragten an, dass **sie oder ihre Wahlkampfhelfenden bereits von Anfeindungen betroffen** waren, die in **Zusammenhang mit der nächsten Kommunalwahl** stehen. 75% gaben an, bisher nicht betroffen gewesen zu sein, und in 7% der Fälle war die Antwort hierzu unbekannt.

Die Übergriffe und Anfeindungen in Zusammenhang mit der nächsten Kommunalwahl haben überwiegend in Form von **Beleidigung** (46%) und **Verleumdung/übler Nachrede** (22%), **Sachbeschädigung** (10%),

Bedrohung/Nötigung (8%), Diskriminierung (7%), sozialer Ausgrenzung (5%), Stalking/Nachstellung (1%) sowie Erfahrungen von sexueller Belästigung/sexualisierter Gewalt/Vergewaltigungsphantasien (1%) stattgefunden.

Insgesamt wurden **27%** dieser **Vorfälle zur Anzeige gebracht**, davon 10% vollständig und 17% teilweise.

In diesem Zusammenhang zeigen sich folgende statistisch signifikante Gruppenunterschiede:

Personen, die innerhalb ihrer **amtlich zu verantwortenden Kommune wohnhaft sind** (17%), berichteten **signifikant häufiger**, dass sie persönlich oder ihre Wahlkampfhelfenden bereits von Anfeindungen in Zusammenhang mit der nächsten Kommunalwahl betroffen waren im Vergleich zu jenen, die außerhalb wohnen (8%).



Personen im **Ehrenamt** (20%) berichteten **signifikant häufiger**, dass sie persönlich oder ihre Wahlkampfhelfenden bereits von Anfeindungen in Zusammenhang mit der nächsten Kommunalwahl betroffen waren im Vergleich zum Hauptamt (13%).



Amtspersonen im **städtischen Raum** mit mehr als 20.000 Einwohner*innen (21%) berichteten **signifikant häufiger**, dass sie persönlich oder ihre Wahlkampfhelfenden bereits von Anfeindungen in Zusammenhang mit der anstehenden Kommunalwahl betroffen waren im Vergleich zum ländlichen Raum (13%).



Amtspersonen in **Ostdeutschland** (25%) berichteten **signifikant häufiger**, dass sie persönlich oder ihre Wahlkampfhelfenden bereits von Anfeindungen in Zusammenhang mit der anstehenden Kommunalwahl betroffen waren im Vergleich zu Westdeutschland (14%).



Europa- und Landtagswahlen

Neben den Kommunalwahlen haben Europa- und in einigen Bundesländern auch Landtagswahlen stattgefunden. Mit Blick auf die **Europa- und Landtagswahlen 2024** befürchteten **41%** der Befragten, Anfeindungen (analog oder digital) gegen die eigene Person zu erleben. Im Durchschnitt wurde diese **Befürchtung** jedoch als **eher weniger stark** eingestuft.

Insgesamt gaben **9%** der Befragten bis zu diesem Zeitpunkt an, dass sie oder ihre Mitstreitenden **bereits von Anfeindungen betroffen** waren, die in **Zusammenhang mit den nächsten Europa- oder Landtagswahlen** stehen. Davon waren **4%** bereits mehrmals betroffen.⁴

Im Rahmen der bisher erlebten **Übergriffe und Anfeindungen in Zusammenhang mit den nächsten Europa- oder Landtagswahlen** fanden diese überwiegend in Form von **Beleidigung** (44%), **Bedrohung/Nötigung** (15%), **Verleumdung/übler Nachrede** (14%) und **Sachbeschädigung** (10%) statt gefolgt von Diskriminierung (9%), soziale Ausgrenzung (6%), Erfahrungen von sexueller Belästigung/sexualisierter Gewalt/Vergewaltigungsphantasien (1%) und Stalking/Nachstellung (1%).

Insgesamt wurden **31%** der Vorfälle in Zusammenhang mit den nächsten Europa- oder Landtagswahlen bisher **zur Anzeige gebracht**.

Hierbei lassen sich folgende statistisch signifikante Gruppenunterschiede ausmachen:

Jüngere Amtspersonen bis 40 Jahre (15%) berichteten **signifikant häufiger**, dass sie persönlich oder ihre Mitstreitenden bereits von Anfeindungen in Zusammenhang mit den nächsten Europa- oder Landtagswahlen betroffen waren im Vergleich älteren Kollegen*innen (8%).

Frauen (12%) berichteten **signifikant häufiger**, dass sie persönlich oder ihre Mitstreitenden bereits von Anfeindungen in Zusammenhang mit den nächsten Europa- oder Landtagswahlen betroffen waren im Vergleich zu Männern (8%).



Personen im Ehrenamt (11%) berichteten **signifikant häufiger**, dass sie persönlich oder ihre Mitstreitenden bereits von Anfeindungen in Zusammenhang mit den nächsten Europa- oder Landtagswahlen betroffen waren im Vergleich zum Hauptamt (8%).



⁴ Die KoMo Frühjahrsbefragung'24 startete im Mai und endete Juni 2024. Es ist daher zu beachten, dass Anfeindungen im Rahmen der Landtagswahlen, die im August/September stattgefunden haben, noch nicht vollständig erfasst werden konnten.

Fazit und Ausblick

Wie die Frühjahrsbefragung 2024 zeigt, gehören mit einer bundesweiten Betroffenenquote von 36% Anfeindungen, Beleidigungen und Bedrohungen - analog und digital - weiterhin für viele Amtsträgerinnen und Amtsträger auf kommunaler Ebene zum Amtsalltag. Dabei spiegelt sich unter anderem auch das Wahljahr 2024 im Anfeindungsgeschehen wider: Im Referenzzeitraum von November 2023 bis April 2024 waren 18% der Befragten persönlich oder ihre Wahlkampf helfenden von Anfeindungen in Zusammenhang mit der anstehenden Kommunalwahl betroffen. Zudem gaben 9% der Befragten an, dass sie persönlich oder ihre Mitstreitenden von Anfeindungen in Zusammenhang mit den Europawahlen 2024 und nächsten Landtagswahlen betroffen waren. Die Anzeigebereitschaft fällt hierbei mit 27% im Kontext der nächsten Kommunalwahlen sowie 31% im Kontext der Europawahlen 2024 und nächsten Landtagswahlen doppelt bis dreifach so hoch aus im Vergleich zu Vorfällen außerhalb des Wahlgeschehens mit 11%. Auch der Anteil an Sachbeschädigung fällt mit jeweils 10% bei den Vorfällen im Kontext des Wahlgeschehens deutlich höher aus im Vergleich mit Anfeindungen außerhalb des Wahlgeschehens mit 2%. Darüber hinaus liefern die Befragungsergebnisse für die Bereiche der Prävention und Repression relevante Befunde hinsichtlich Betroffener und Tatverdächtiger im Kontext von Anfeindungen gegenüber kommunalpolitischen Amtspersonen. Insbesondere die Informationen zu möglichen tatverdächtigen Personen geben weiteren Aufschluss darüber, wie potenzielle Präventionsarbeit sich künftig ausrichten muss. Im Allgemeinen handelt es sich mehrheitlich um Personen, die den Betroffenen - auch aufgrund ihrer Nähe zu den Bürger*innen in der Gemeinde - bekannt sind (78%) bzw. in der Kommune wohnhaft sind (93%). Dabei sind es häufig Personen, die

einzelnen handeln (52%), bereits wiederholt auffällig geworden sind (52%) und in über 80% der Fälle zum 'Tatzeitpunkt' mindestens 40 Jahre alt waren.

Mit Blick auf die Betroffenen lassen sich bei genauerer Untersuchung weiterer gruppenspezifischer Unterschiede im Zusammenhang mit Anfeindungen unterschiedliche Risikogruppen identifizieren: **(1) Amtspersonen in Ostdeutschland** sind im Vergleich zu Westdeutschland stärker und häufiger von Anfeindungen im Amtsalltag betroffen, wobei die Vorfälle häufiger als politisch ideologiegetrieben verortet werden. Die tatverdächtigen Personen sind ihnen häufiger insbesondere als 'Wiederholungstäter*innen' bekannt. Sie nehmen ein stärker verrohtes Diskussionsklima politischer Themen in den sozialen Medien wahr und weisen ein höheres Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden auf. Eine besondere Betroffenheit ließ sich dabei auch im Kontext der Landtagswahlen, die 2024 in drei ostdeutschen Bundesländern stattgefunden hat, feststellen. Obwohl Amtspersonen im städtischen Raum stärker und häufiger angefeindet werden, sind **(2) Amtspersonen im ländlichen Raum** einem besonderen Risiko ausgesetzt. Sie werden häufiger direkt von Angesicht zu Angesicht sowie in der Freizeit konfrontiert und angegangen, was einen Eingriff in die Privatsphäre sowie ein besonderes Gefährdungspotenzial für die Betroffenen bedeutet. Zudem weisen sie ein höheres Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden auf. Des Weiteren stellen **(3) Amtspersonen mit Wohnsitz in der amtlich zu verantwortenden Kommune** eine spezifische Risikogruppe dar. Im Vergleich zu jenen, die außerhalb der amtlich zu verantwortenden Gemeinde wohnhaft sind, sind sie insgesamt häufiger von Anfeindungen sowie von Vorfällen in der Freizeit betroffen. Trotz der stärkeren und häufigeren Betroffen-

heit von Personen im Hauptamt, weisen **(4) Personen im Ehrenamt** ein spezifisches Risiko auf. Sie werden häufiger von Angesicht zu Angesicht, in der Freizeit sowie zu Hause konfrontiert und angefeindet und sind somit ebenfalls einem gewissen Gefährdungspotenzial ausgesetzt. Sie sind häufiger von vorurteilsgeleiteten Vorfällen im Sinne von Hasskriminalität sowie Vorfällen in Zusammenhang mit anstehenden Wahlen betroffen. Ferner weisen sie ein höheres Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden auf. Obwohl Frauen und Männer gleichermaßen von Anfeindungen betroffen sind, stellen **(5) Frauen** eine weitere Risikogruppe dar. Viele Vorfälle beziehen sich hier auf die Geschlechtszugehörigkeit im Sinne von Hasskriminalität und zusätzlich werden enge Familienangehörige von weiblichen Amtspersonen signifikant häufiger angefeindet, was darüber hinaus auch einen Einfluss auf das Bedrohungs- und Unsicherheitsempfinden haben dürfte.

Die Ergebnisse lassen weiterhin einen Handlungsbedarf offenkundig werden, der insbesondere eine Berücksichtigung gruppenspezifischer Unterschiede der Betroffenen sowie Informationen zu tatverdächtigen Personen erfordert. Zur Unterstützung des frühzeitigen Erkennens und tiefergreifenden Verstehens konkreter Missstände und Bedarfe sowie der damit verbundenen Entwicklung zielgerichteter Maßnahmen zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger*innen wird KoMo weiterhin das aktuelle Anfeindungsgeschehen regelmäßig beobachten – auch um weitere Sensibilisierung für diese Thematik zu generieren und Betroffenen die Möglichkeit zu geben, sich mitzuteilen und auf diesem Weg mitzugestalten. KoMo wird in Zukunft weiterhin und verstärkt mit verschiedenen Akteuren aus den Bereichen der Politik, Wissenschaft und Präventionspraxis kooperieren, um auf Grundlage der Befunde zu einem effektiven und evidenzbasierten Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger*innen beizutragen.



Weitere Informationen zum
Kommunalen Monitoring und
den Ergebnissen.

Impressum

MOTRA-Verbundpartner



Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

Angaben gemäß § 5 TMG

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Vertreten durch

Dr. Uwe Kemmesies
E-Mail: motra@bka.bund.de

Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Redaktion

Isabelle Holz

Layout

Studio Halvar

Forschungskordinator (MOTRA-Verbund)

Dr. Uwe Kemmesies

Kontakt

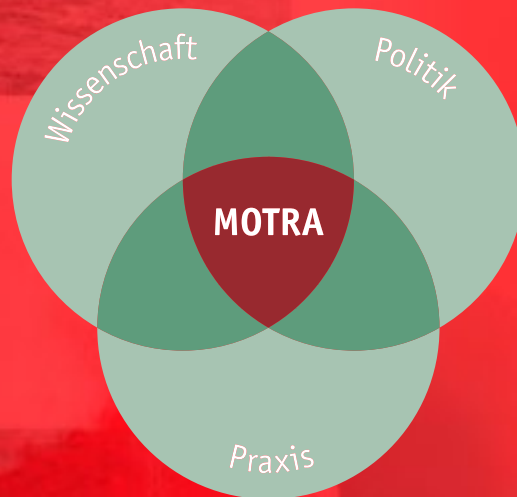
Fragen zu MOTRA allgemein: motra@bka.bund.de

Fragen zum Inhalt dieser Ausgabe an:

Kirsten Eberspach, Sarah Bitschnau: kommunalmonitor@bka.bund.de

MOTRA

Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung






Der MOTRA-Forschungsverbund vereint in einem Spitzenforschungscluster neun institutionelle Partner aus renommierten universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachdisziplinen. MOTRA sucht den kooperativen Dialog auf Augenhöhe mit weiteren wissenschaftlichen Forschungsverbänden und Netzwerkpartnern aus Praxis und Politik und verfolgt dabei zwei zentrale Zielstellungen:

1. Monitoring

Es soll durch MOTRA ein Monitoringsystem aufgebaut werden, mittels dessen das politisch und/oder religiös begründete Radikalisierungsgeschehen in Deutschland auf einer breiten Datenbasis fortlaufend beobachtet wird. Ziel ist es die Verbreitung, Entwicklungstrends sowie begünstigende Konstellationen für Extremismus und Radikalisierung besser erfassen zu können.

2. Wissenstransfer

Weiterhin verfolgt MOTRA den Aufbau und die Etablierung einer multifunktionalen Austauschplattform zur Gestaltung eines direkteren Wissenstransfers zwischen den Handlungsfeldern wissenschaftlicher Forschung, sozialer Praxis und Politikgestaltung.

 motra@bka.bund.de
 www.motra.info
 twitter.com/MOTRAVERBUND

